



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER FEBRUAR 2025

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

es fällt schwer, nur wenige Tage nach der schrecklichen Tat von Aschaffenburg, weiterzumachen. Was da passiert ist, geht mir sehr nahe - nicht nur, weil ich gleichzeitig mit Rolf Mützenich wenige hundert Meter entfernt an einem Infostand war.

Diese Tragödie wird den Wahlkampf verändern. Die Reaktionen des Unionskandidaten Merz sind erschreckend. Seine Vorschläge missachten Recht und Verfassung, er biedert sich der AfD an. Meine Haltung hat sich nicht geändert. Ich habe schon immer zu denen in der SPD gehört, die für eine funktionierende Migrationspolitik waren. Ich sehe vor Ort, dass wir sonst überfordert sind, und höre in meinen Gesprächen, dass viele sich von der Politik im Stich gelassen fühlen. Wir haben in dieser Legislatur mehr erreicht als unter Unionsführung in den vielen Jahren davor - die Zahlen der Asylanträge sinken deutlich, die der Abschiebungen steigen. Dennoch reicht das alles offenbar nicht und es hapert an der Umsetzung in den Ländern. Wir müssen nachsteuern! Klar ist aber auch: Ohne Migration funktioniert unser Arbeitsmarkt nicht. Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen. Deshalb haben wir geordnete Verfahren geschaffen, die sich an unserem Bedarf orientieren.

Wir müssen noch konsequenter ran an das Thema Migration. Dennoch taugt ein Ein-Thema-Wahlkampf in diesen Zeiten nicht, wie ihr auf den folgenden Seiten lesen könnt.

Ihr/Euer *Bernd Rützel*

3



Wirtschaft und Steuern
Mehr für Dich

5



Das Handwerk stärken mit
MdL Holger Griebhammer

8



Erinnern: 80 Jahre
Befreiung KZ Auschwitz

10



Unterwegs in MSP, MIL
und AB

KLARTEXT

GEGEN DIE ROLLE RÜCKWÄRTS



In den letzten Wochen häufen sich die Forderungen von Arbeitgeberchefs, lange erkämpfte Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schleifen. Ob es die Forderung nach einer Abschaffung des 8-Stunden-Tages ist, die Schnapsidee, Feiertage, die unter der Woche liegen, auf Sonntage zu legen, oder der Einfall des Allianz-Chefs, für den ersten Tag der Krankmeldung keinen Lohn mehr zu bezahlen.

Diese Forderung nach sogenannten Karenztagen ist eine Frechheit, zeugt von Misstrauen und ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten. Dass gerade der Allianz-Chef dies vorschlägt und gleichzeitig über 15 Mrd. Euro Rekordgewinn als Dividende ausschüttet, zeigt, wie weit weg dieser Mensch von den arbeitenden Leuten ist. Über 6 Millionen Menschen arbeiten für den Mindestlohn. Sie würde dieser Vorschlag am härtesten treffen. Wer krank wird, braucht keine Lohnneinbußen, sondern Fürsorge und Sicherheit. Unternehmen wollen die Beschäftigten an sich binden und sprechen den ganzen Tag von Teambuilding und dem engen Zusammenhalt im

Unternehmen. Da passt diese Forderung in die Motenkiste, aber nicht in einen modernen Arbeitsalltag.

Helmut Kohl hat 1996 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 % gekürzt und hat immer vom „Gürtel enger schnallen“ gesprochen. Gemeint hat er, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuschränken. Gerhard Schröder hat nach seiner Wahl zum Bundeskanzler diese Regelung sofort wieder außer Kraft gesetzt und damit wieder 100 % Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sichergestellt.

Das zeigt aber auch, wie schnell vermeintliche Gewissheiten wie eine 100%ige Lohnfortzahlung bei den falschen Mehrheitsverhältnissen in Gefahr sind. Gemeinsam ist diesen Wortmeldungen, dass sie wirtschaftliche Probleme den Beschäftigten auflasten wollen. Uns muss klar sein, was bei der kommenden Wahl auf dem Spiel steht. Deshalb arbeite ich mit der SPD unermüdlich gegen solche arbeitnehmerfeindlichen Forderungen. Heute soll die Lohnfortzahlung gekürzt werden, morgen ist es das Streikrecht oder die Abschaffung des 8-Stunden-Tages. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben nur ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit. Beides muss geschützt werden.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Was haben wir geschafft, Olaf?

Olaf Scholz über politische Erfolge, die Bedeutung von Kompromissen – und Stress-Resilienz

▶ 00:00 00:00



WIRTSCHAFT UND STEUERN

MEHR FÜR DICH

„Die angeblich kleinen Leute sind überhaupt nicht klein – sie sind einfach nur normal.“ Das sagte unser Bundeskanzler und Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf dem Parteitag der SPD Anfang Januar. Recht hat er! Und für sie macht die SPD Politik. Auf dem Parteitag wurde nicht nur unser Kanzlerkandidat mit 99,16 Prozent aller Stimmen gewählt, auch unser Wahlprogramm wurde beschlossen.

Wofür wir bei dieser Wahl kämpfen:

- dass die Wirtschaft wieder wächst und die Menschen sichere Arbeitsplätze haben,
- dass Beschäftigte und Familien entlastet werden,
- für eine sichere Rente für alle Generationen.

Der entscheidende Schlüssel für neues Wirtschaftswachstum

sind Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz in den vergangenen Jahren endlich die Modernisierung des Landes angeschoben hat, gibt es weiter großen Nachholbedarf, der über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Deswegen muss der Weg der Modernisierung mutig weitergegangen werden und darf nicht durch Friedrich Merz gestoppt werden. „Made in Germany“ wird dann wieder stark, wenn die Wirtschaft für Arbeitgeber und Beschäftigte gleichermaßen funktioniert. Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der falsche Weg.

Die hohe Inflation durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat viele Menschen stark belastet. Mit riesigen Kraftanstrengungen, Einsparungen, Energiepreisbremsen und Inflationsprämien ist es gelungen, die hohen Preise endlich zu dämpfen. Damit Beschäftigte und ihre Familien in Zukunft wieder mehr Sicherheit haben und sich vor

allem wieder mehr leisten können, schlagen wir wirksame Entlastungen und Verbesserungen vor.

Konkret soll der Spitzensteuersatz künftig erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von 93.000 Euro greifen. Derzeit wird der Satz von 42 Prozent auf Einkommen ab 68.430 Euro fällig. Im Gegenzug soll der Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent steigen. Auch den so genannten Rei-

chensteuersatz wollen wir anheben. Er wird derzeit für Singles ab einem Jahreseinkommen von rund 278.000 Euro fällig. Künftig soll der Reichensteuersatz nicht mehr 45, sondern 47 Prozent betragen.

Das bedeutet Steuererleichterung für 95 Prozent der arbeitenden Menschen in Deutschland. Außerdem wollen wir für alle Menschen, die trotz Arbeit wenig verdienen den steuerlichen Grundfreibetrag anheben, und wir wollen die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel senken. Die SPD will außerdem dafür sorgen, dass der Mindestlohn auf 15 Euro steigt.



SPD Main-Speessart

WIRTSCHAFT UND STEUERN

MEHR FÜR DICH

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, verdient ein anständiges Leben im Ruhestand. Es ist respektlos, „Leistung muss sich lohnen“ zu plakativieren und dann an der gesetzlichen Rente herumzustreichen und zuzuschauen, wie das Rentenniveau in den kommenden Jahren für die folgende Generation abstürzt. Die SPD hat in den letzten Jahren die Grundrente eingeführt und die Renten in Ost und West endlich angeglichen. Damit die Rente auch für die nachfolgenden Generationen sicher bleibt, müssen wir sie jetzt stabilisieren. Der Gesetzentwurf ist fertig und kann innerhalb von 100 Tagen verabschiedet werden. Die Rente mit 70 oder andere Vorschläge zur Erhöhung des Renteneintrittsalters sind ein Irrweg, der für viele Menschen nicht zu schaffen ist.

Während CSU und CDU Steuergeschenke vor allem bei Spitzenverdienern und Großkonzernen verteilen will, setzt die SPD den Fokus auf die Entlastung der breiten Mitte.

Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, in unseren Zusammenhalt und in unsere Sicherheit – da darf es jetzt kein Entweder-oder geben! Das alles ist dringend nötig, das alles gehört zusammen! Und dafür stehen wir als SPD mit unserem Programm.

	DAFÜR STEHT DIE SPD	DAFÜR STEHT DIE MERZ-CDU
Wirtschaft	10% Made-in-Germany Bonus gezielt für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland.	Milliardenschwere Steuergeschenke mit der Gießkanne.
Investitionen	Ein Deutschlandfonds, mit dem wir unser Land renovieren, und eine Reform der Schuldenbremse.	400-Milliarden €-Loch ohne Gegenfinanzierung. Das heißt weniger für Bildung, Zukunft, Bundeswehr.
Rente	Eine stabile Rente für alle Generationen, mit Rentenniveau dauerhaft bei 48% und Rente nach 45 Jahren.	Kein Konzept für 48% Rentenniveau und Wackeln bei der Rente nach 45 Jahren.
Mindestlohn	15 € Mindestlohn ab 2026 für 7 Millionen Arbeitnehmer*innen.	Keine Anhebung des Mindestlohns.
Steuern	Entlastungen für die 95%, für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.	Steuersenkung vor allem für das obere 1%, für Spitzenverdiener.
MwSt.	Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel.	Mehrwertsteuersenkungen nur auf Restaurantbesuche.
Gesundheit / Pflege	Ein Deckel für Pflegekosten bei 1.000 €, der Überforderung verhindert.	Mehr „Markt“ und „Eigenverantwortung“ bei Gesundheit und Pflege.
Finanzierung	Faire Besteuerung von Erbschaften, Milliardenvermögen, Kapitaleinkünften.	Kürzungen bei den Arbeitslosen.
Mieten	Unbefristete Verlängerung der Mietpreisbremse.	Keine eindeutige Haltung zur Zukunft der Mietpreisbremse.
Familien	Moderne und sanierte Kitas und Schulen mit kostenlosem Mittagessen.	Keine Priorität für Kitas und Schulen im Programm.
Kanzler	Ein Bundeskanzler, der auch in internationalen Krisen einen kühlen Kopf bewahrt.	Ein Hitzkopf ohne Regierungserfahrung, der mit der Sicherheit Deutschlands spielt.

SPD

Und: Hinter jedem einzelnen unserer Programmpunkte steht ein konkreter Vorschlag zur Umsetzung. Sei es der Deutschlandfonds aus dem Beteiligungen und Darlehen finanziert und so Investitionen in Strom- und Wärmenetze, Ladesäulen und Wohnungsbau gefördert werden. Oder der "Made in Germany"-Bonus für Unternehmen, die in Deutschland produzieren: Investitionen in Maschinen und Geräte sollen mit zehn Prozent der Anschaffungssumme über eine Steuererstattung gefördert werden. Damit schaffen wir Wirtschaftswachstum, stärken Branchen und sichern Arbeitsplätze.

[Schaut rein! Hier geht's zu unserem Programm.](#)



DAS HANDWERK STÄRKEN

MIT MDL HOLGER GRIESHAMMER UNTERWEGS IN MSP



Alle Bilder: SPD Main-Spessart

Dass ich als gelernter Maschinenschlosser ein großer Befürworter unseres Handwerks bin, ist kein Geheimnis. Umso mehr habe ich mich über den Besuch des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bayerischen Landtag - Holger Grießhammer - in Main-Spessart gefreut. Denn er ist selbst Maler- und Lackierermeister sowie Unternehmer – sein Herz schlägt seit Langem für das Handwerk. Und er kennt daher die Herausforderungen und Probleme aus erster Hand.

Darüber sprachen wir in Partenstein bei der „Zimmerei & Bauunternehmen Kunkel“ mit deren Chefs - Udo und Tino Kunkel - sowie Thomas Kunkel, vom benachbarten Metallbau Kunkel.



Mit dabei war auch eine Abordnung der SPD Main-Spessart um ihre Vorsitzenden Pamela Nembach und Marc Nötscher sowie die Bürgermeister von Frammersbach, Christian Holzemer, und Neuhütten, Bernd Steigerwald. Der gemeinsame Austausch von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik mit dem Handwerk vor Ort war eine gelungene Sache. Unser gemeinsames Ziel ist die Stärkung des Handwerks. Dazu haben wir auf Bundes- und Landesebene in den zurückliegenden Monaten Initiativen eingebracht und bleiben dran.



Später ging es dann nach Karlstadt zum Neujahrsempfang des SPD Kreisverband Main-Spessart. Handwerk stärken und Mittelschicht entlasten, war auch hier das Hauptthema. [Alle Infos dazu findet ihr hier.](#)



Wohnungs- losenbericht der Bundes- regierung

Ausmaß und Struktur von
Wohnungslosigkeit

Bundesregierung

WOHNUNGSLOS

KEIN NUR STÄDTISCHES PROBLEM

Mehr als eine halbe Millionen Menschen in Deutschland haben kein eigenes Zuhause. Sie können sich nicht zurückziehen, haben keine Intimsphäre und keinen Schutzraum. Das verletzt die menschliche Würde und macht soziale Teilhabe fast unmöglich.

531.600 Menschen sind in Deutschland wohnungslos – so der 2. Wohnungslosenbericht der Bundesregierung, der Anfang Januar vorgelegt wurde. Dass es diesen Bericht überhaupt gibt, ist einem Beschluss der Ampel-Regierung zu verdanken.

Ganz überwiegend leben wohnungslose Menschen in den Unterkünften der Wohnungsnothilfe (439.500 Personen), werden also von Kommunen und Wohlfahrtspflege untergebracht. Rund 60.400 wohnungslose Menschen sind bei Angehörigen, Freunden oder Bekannten untergekommen – die sog. verdeckt Wohnungslosen. Obdachlos, also auf der Straße oder in Behelfsunterkünften, sind in Deutschland etwa 47.300 Personen.

Die Zahlen haben sich im Vergleich zu 2022 nahezu verdoppelt. Das liegt zum Teil an der verbesserten Datengrundlage. So erfasst die Statistik auch in Un-

terkünften für Geflüchtete untergebrachte Personen. Knapp ¼ der erfassten Wohnungslosen sind vor dem Krieg geflohene Ukrainerinnen und Ukrainer, die hier bislang keine Wohnung finden konnten.

Wohnungslosigkeit ist längst kein rein städtisches Problem mehr. Es betrifft uns ganz direkt in Main-Spessart, Miltenberg und Unterfranken. Wohnungslosigkeit passiert direkt vor unserer Haustür. Und sie verursacht zahlreiche weitere soziale Probleme, sei es bei der Arbeitssuche, dem Arztbesuch oder bei der Eröffnung eines Bankkontos.

Die SPD setzt sich für den Housing-First-Ansatz ein, also die Vermittlung von Wohnraum als erste Maßnahme. Wir wollen, dass dieser Ansatz bundesweit etabliert wird und dafür einen Bund-Länder-Fonds einrichten. Gleichzeitig müssen Wohnungsnothilfe und vergleichbare Angebote zuverlässig finanziert werden. Und natürlich müssen wir die Mittel für den sozialen Wohnungsbau kontinuierlich weiter erhöhen, damit auch Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnung finden, die sie sich leisten können. Außerdem will die SPD Mieterinnen und Mieter vor dem Verlust ihrer Wohnung besser schützen, was bislang aufgrund der Blockade der FDP nicht gelang.

Der aktuelle Bericht macht deutlich, wie groß der Handlungsbedarf ist. Es gibt Konzepte, wir haben Lösungsansätze, die es jetzt endlich umzusetzen gilt.

[Zum kompletten Bericht hier klicken.](#)

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.bernd-ruetzel.de

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

youtube.com/@berndruetzelmdb1037



Bilanz unserer Politik für Kommunen (2021 – 2025)

KOMMUNEN

LEBENSQUALITÄT VOR ORT

Die SPD ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir wissen, dass Zufriedenheit, Lebensqualität und Vertrauen in Staat und Verwaltung sich ganz konkret vor Ort entscheiden. Deswegen ist es so wichtig, die Kommunen finanziell ausreichend zu versorgen. Auch wenn es keine direkten Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen gibt, das läuft immer über die Länder, ducken wir uns nicht weg. Wir müssen ran an die Altschulden und die Schuldenbremse auch mit Blick auf die Kommunen überdenken.

Das Statistische Bundesamt hat kürzlich Zahlen veröffentlicht, die alarmieren. Die Lage der Kommunen spitzt sich weiter zu. Bei den kommunalen Kernhaushalten lag das Finanzierungsdefizit in den ersten drei Quartalen 2024 bei minus 25,9 Milliarden Euro, einschließlich der Extrahaushalte liegt das Defizit für den gesamten öffentlichen Gesamthaushalt in den ersten drei Quartalen 2024 bei minus 108 Milliarden Euro. Der Sanierungsbedarf bleibt mit 186 Milliarden Euro auf einem hohen Niveau, während gleichzeitig hohe Investitionen erforderlich sind, um die Zukunftsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen.

SPD-Bundestagsfraktion

Seit dem Bruch der Ampel-Koalition arbeitet die Regierung an einer Änderung des Grundgesetzes, um die Altschuldenhilfe zu ermöglichen. Diese Änderung muss zügig im Kabinett beschlossen und unverzüglich dem Parlament vorgelegt werden. Und die Union muss ihre Blockade im Bundestag und -rat überwinden und für das Wohl der Kommunen eintreten. Nur so können wir verhindern, dass weitere Monate ohne Erleichterungen für unsere Kommunen ins Land gehen. Worte reichen nicht, es zählen Taten.

Die berechtigten Forderungen der Kommunen lassen sich künftig ohne eine Veränderung bei der Schuldenbremse nicht finanzieren. Wer das leugnet, lässt die Kommunen im Stich. Die SPD-Fraktion will überdies mit einem Deutschlandfonds Kapital mobilisieren, der auch die Investitionskraft der Kommunen stärken wird, um die notwendigen Aufgaben der Transformation zu finanzieren. Wir haben die Kommunalfinanzierung im Blick, halten die Entlastung von Sozialausgaben für notwendig und brauchen einfache und umsetzbare Förderprogramme. Die aktuelle Lage erfordert entschlossenes Handeln.

Die Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes - ihre Finanzlage darf nicht zu einem Risiko für den sozialen Frieden werden. [Zur kompletten Bilanz für Kommunen 2021-2025 geht's hier](#) und zu unserer [Bilanz in allen Themenfeldern hier klicken](#).



SPD-Bundestagsfraktion / Paul_Alexander_Probst



DBT_Inga-Haar

80 JAHRE

BEFREIUNG KZ AUSCHWITZ

Wir erinnern. Nicht nur anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Denn das Gedenken an all jene, die dem lebensverachtenden Regime der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, ist nicht nur ein Blick in die Vergangenheit. Es geht dabei auch stets darum, die Lehren dieser Zeit in Gegenwart und Zukunft zu tragen - gerade, wenn manche die NS-Zeit und die begangenen Verbrechen als „Vogelschiss“ der Geschichte verharmlosen oder mit Bezeichnungen wie des Berliner Holocaust-Mahnmals als „ein Denkmal der Schande“ eine 180-Grad-Wende in der deutschen Erinnerungskultur heraufbeschwören wollen.



SPD

Wir werden niemals vergessen. Nicht die rund sechs Millionen jüdischen Opfer. Nicht die ermordeten Sinti und Roma, Homosexuellen, politisch Andersdenkenden, Kranken und Behinderten und die vielen anderen Verfolgten. In diesem Lichte ist auch die Sonderveranstaltung im Deutschen Bundestag - in diesem Jahr zusammen mit dem Holocaust-Überlebende Roman Schwarzman - zum Gedenken an alle Opfer des Nationalsozialismus zu sehen. Genauso wie die beiden Anträge, die wir zusammen mit anderen demokratischen Fraktionen zur Abstimmung in den Bundestag bringen werden: Einen, um die Aufarbeitung der „Euthanasie“ und der Zwangssterilisationen während der nationalsozialistischen Diktatur zu verbessern, und einen, um Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegenzutreten.

Für uns ist klar: Wir werden auch die nächsten 80 Jahre – und solange es notwendig sein wird – gegen all jene kämpfen, die meinen, dass die Lehren aus der Vergangenheit nichts in der Gegenwart zu suchen haben. Und uns allen entgegenstellen, die Hass und Hetze auf unsere Straßen, in unser Zuhause und in unsere Parlamente tragen.

**KEINE
ZUSAMMENARBEIT
MIT NAZIS.**

SEIT 1863.

SPD

SPD



Büro Rützel

KANADA

PREMIERMINISTER TRUDEAU GEHT

Seit 2018 bin ich Vorsitzender der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe, der ich auch schon zuvor angehört habe. Kanada ist ein vielfältiges Land mit tollen Landschaften und beeindruckenden Menschen, von denen ich einige kennenlernen durfte. Je mehr ich von Kanada erfahre, umso mehr fasziniert mich dieses Land.

Seit 2015 ist mit Justin Trudeau ein charismatischer und jahrelang sehr populärer Politiker Regierungschef in Kanada. Nun hat er seinen Rücktritt angekündigt. Im Mai könnte es bereits zu Neuwahlen kommen und die Liberale Partei ihre Mehrheit an die Konservativen verlieren.

Trudeau hat viel für Kanada erreicht. Die von ihm vorangetriebene Aussöhnung mit den indigenen Völkern etwa war überfällig und historisch. Aber auch Kanada leidet unter einer schwächelnden Wirtschaft und enormen Herausforderungen, z.B. durch den Klimawandel. Diese Herausforderungen zu bewältigen und dabei einen Nachbarstaat zu haben, dessen künftiger Präsident nicht nur mit Zöllen droht, sondern sich Kanada am liebsten gleich

ganz einverleiben würde, ist eine Herkulesaufgabe.

Ich wünsche Kanada und seinen Menschen bei der Bewältigung dieser Aufgabe Glück und Verstand und dass sie den Weg in die Zukunft weiter mutig und optimistisch beschreiten. Und Justin Trudeau persönlich wünsche ich alles Gute. Bonne Chance!



AfA BayernSPD

BETRIEBSRÄTE

KONFERENZ IN WÜRZBURG

Was brauchen Betriebsräte? Das war die Hauptfrage beim Unterfränkischen Forum für Betriebs- und Personalräte in Würzburg. 45 Kolleginnen und Kollegen tauschten sich aus, informierten sich und erfuhren Neues aus München und Berlin. Mit dabei: Die Landesvorsitzende der AfA in der BayernSPD, Katharina Räth, MdL Volkmar Halbleib und mein Kollege und unser Spitzenkandidat der BayernSPD, Carsten Träger. Wir machen das seit vielen Jahren und setzen die Reihe fort. Meldet Euch gerne, wenn ihr das nächste mal dabei sein wollt.



Bernd Rützel

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JANUAR

UNTERWEGS ZUM NEUJAHRSSTART

Gleich ob Dreikönigstreffen der SPD-Ortsvereine im südlichen Teil des Landkreises Miltenberg (Kirchzell, Schneeberg, Weilbach und Amorbach), Lakefleisch-Essen bei der SPD Rechtenbach an der vereinseigenen Schutzhütte, Neujahrstreff der SPD Triefenstein, Neujahrfrühschoppen der SPD Frammersbach oder Schlachtschüsselessen der SPD Sinngrund in Mittelsinn - all diese Veranstaltungen haben Tradition, finden immer wieder statt, sind gut besucht und machen richtig Spaß.

Hier trifft politische Diskussion - deutlich, klar und direkt - auf gemütliches Zusammensein bei Essen und Getränke. Und die Veranstaltungen zeigen: Das Interesse ist groß und der Austausch ist wichtig!

Deshalb: Vielen Dank an alle Ortsvereine für Organisation, Einladung und einfach fürs Kümmern.

FRAMMERSBACH



KIRCHZELL



RECHTENBACH



TRIEFENSTEIN



MITTELSINN



KURZ & KNAPP

TERMINE IM JANUAR

SINNBRÜCKE SCHAIPPACH



Bernd Rützel

Mir ist die alte Bogenbrücke über die Sinn wertvoll. Für ihre Sanierung habe ich eine Förderung in Höhe von 700.000 Euro vom Bund geholt. Bald beginnt die Sanierung, die ich gerne weiter eng begleite, wie bei der Baustellenbesprechung Anfang des Jahres.

EVG SENIOREN ASCHAFFENBURG



Bernd Rützel

Beim Stammtisch der EVG-Senioren Aschaffenburg habe ich über unsere Rentenpolitik und die Unterschiede in den Wahlprogrammen aufgeklärt. Ein wichtiger Austausch zu dem ich als EVG-Mitglied gerne gekommen bin. Danke für die Einladung.

FEUERWEHR GEMÜNDEN



Bernd Rützel

Der erste Termin im neuen Jahr ist traditionell die Mitgliederversammlung der Feuerwehr Gemünden. 2409 Einsatz- und über 4000 Ausbildungs-Stunden haben die Feuerwehr-Frauen und -Männer im letzten Jahr absolviert. 110 Einsätze sind sie gefahren, davon 38 mit Brandbekämpfung. Und das alles ehrenamtlich und für uns alle. Vielen herzlichen Dank für das großartige Engagement. Das ist nicht selbstverständlich.

TV MAINFRANKEN



TV Mainfranken

Neues Jahr, neue Ausgabe vom TV Mainfranken Stammtisch. Rechtsruck in Europa - speziell Österreich - und die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage waren die großen Themen.

Wer meint, die Volksparteien unterscheiden sich nicht, sollte mal reinschauen: [TV Mainfranken](#).

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JANUAR

WANDERUNG WÖRTH - ERLENBACH



SPD Erlenbach - Mechenhard - Streit

Vielen Dank für die Einladung und den guten Austausch bei der Winterwanderung der SPD-Ortsvereine Wörth und Erlenbach über den Erlenbacher Hochberg nach Wörth mit Endstation bei den Apfelweintagen im Sportheim.

MÜTZENICH IN ASCHAFFENBURG



Alexander Klotz | OrangeProduction.de

Großer Andrang herrschte bei der Stippvisite von Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, in der Aschaffenburger Innenstadt. Der örtliche SPD-Bundestagskandidat Manuel Michniok (rote Jacke) hatte eingeladen.

EHRENABEND IN ERLENBACH



SPD Erlenbach - Mechenhard - Streit

Für jahrelange Treue zur Sozialdemokratie durfte ich bei der SPD Erlenbach - Mechenhard - Streit Mitglieder ehren. Zusammen mit der örtlichen SPD-Vorsitzenden Helga Raab-Wasse (neben mir im Bild) und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Benjamin Bohlander (links im Bild) übergaben wir Urkunden, rote Rosen und je eine Flasche Jubiläums-Rotwein „100 Jahre SPD Erlenbach“.

INFOSTÄNDE



SPD Faulbach

...sind das Gebot der Stunde, wie hier in Faulbach und Obernburg. Meine Termine findet ihr hier tagesaktuell: www.facebook.com/BerndRuetzelMdB/



SPD Obernburg

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Im Rahmen der Winterklausur in München hat die bayerische SPD-Landtagsfraktion die Schwerpunkte ihrer diesjährigen politischen Arbeit gesetzt. Und dabei die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft in den Fokus gerückt.

Insbesondere die Automobilindustrie mit ihren vielen mittelständischen Zulieferbetrieben, die ganze 350.000 Arbeitsplätze im Freistaat sichert, kämpft zurzeit mit großen Herausforderungen. Schwächelnde Nachfrage, wachsende Konkurrenz, massiver Transformationsdruck: Die Branche ist auf Unterstützung angewiesen, um den Wandel hin zur zukunftsweisenden E-Mobilität und Digitalisierung erfolgreich und ohne Arbeitsplatzverluste zu bewältigen.

Ein wichtiges Signal wäre also zunächst ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zur E-Mobilität. Doch das ist natürlich nicht genug: Mit einer „Bayernmilliarde“ wollen wir gezielt in Fortschritt und Wandel investieren – und so den Transformationsprozess aktiv ankurbeln. Das Investitionspaket, das sich weitgehend aus vorhandenen Rücklagen finanzieren lässt, sieht schwerpunktmäßig den Ausbau der Ladeinfrastruktur vor. Denn Bayern ist noch immer weit von einer ausreichenden flächendeckenden Versor-

gung mit E-Ladesäulen entfernt. Genau dies ist nach Einschätzung von Experten jedoch ein zentraler Schlüsselfaktor, um Menschen für den Umstieg aufs E-Auto zu gewinnen.

Investitionen sind weiterhin in die Batterieforschung für Busse und LKW sowie die Forschung im Bereich der Digitalisierung und des autonomen Fahrens vorgesehen. Ganz wichtig ist uns auch die Qualifikation von Fachkräften. Denn letztendlich sind es gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Wandel mit ihrer Fachkompetenz umsetzen.

Ein zweiter, wichtiger Schwerpunkt unserer diesjährigen politischen Agenda ist die Sicherung einer zukunftsfähigen medizinischen Versorgung in Bayern. 80 Prozent unserer Kliniken haben im Jahr 2023 Verluste gemacht. Für 2024 ist mit ähnlichen Ergebnissen zu rechnen. Eine desaströse Entwicklung, die dadurch verstärkt wird, dass die Staatsregierung über lange Jahre hinweg dringend nötige Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur verschleppt hat.

Nun wird es darauf ankommen, wie die Staatsregierung die jüngst auf Bundesebene beschlossene Krankenhausreform umsetzt, damit eine gute Behandlungsqualität an unseren Kliniken und eine wohnortnahe Versorgung im Freistaat auch langfristig auf sicheren Füßen steht.

Für eine starke und fortschrittliche Wirtschaft in Bayern und eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger setze ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag auch in Zukunft mit Nachdruck ein. Herzlichst Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbueero@martina-fehlner.de